



GEFÄHRLICHE IRRWEGE UND AKTIONISMUS FÜHRTE ZU EINER SPALTUNG DER GESELLSCHAFT

Aber war dies alles nötig?

Schlechte Erinnerungen vergessen wir Menschen lieber. Viele wissen aber noch, wie sie den Kopf geschüttelt haben, als es hieß, dass man während dem ersten Lockdown (zu Beginn der Coronakrise) anfangs nicht allein im Wald spazieren gehen durfte. Einer der schlimmsten Eingriffe in unsere Grundrechte waren die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit. Als man am Anfang der Coronazeit wenig über das Virus wusste, konnte man den einen oder anderen Eingriff vielleicht noch verstehen. Auch wenn man sich fragte, was Verbote wie das Sitzen auf einer Bank, die Nutzung von Kinderspielflächen oder das einsame Joggen im Wald sollten.

Spätere Maßnahmen, die die Bewegungsfreiheit der Bürger z.B. durch Sperrstunden stark einschränkten und sogar Bürger zweiter Klasse schufen (die berühmten 3-G-Regelungen wie das Covid-Safe-Ticket), wurden in Belgien vom Innenminister ohne gesetzliche Grundlage getroffen. Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat die Sperrstunde sogar auf 22 Uhr vorgezogen. Erwähnen sollte man auch die Grenzschließungen, die gerade in Ostbelgien ein normales Leben stark einschränkten. Anerkennen muss man, dass die ostbelgischen Politiker sich bemüht haben, diese Erschwernisse zu beseitigen.

Manche Maßnahmen griffen aber so tief in die Grundrechte der Bürger ein, dass die Menschenrechtsliga Anfang 2021 gegen den belgischen Staat klagte. Mit Erfolg. Es dauerte trotzdem noch Monate, bis endlich ein Krisengesetz vorlag und von der Kammer verabschiedet wurde.

Der Eingriff in die Grundrechte der Bürger war massiv! Dabei wurde der Begriff Fake News oftmals von Seiten der Politik, Behörden und Medien dazu verwendet, anders lautende Meinungen und Sichtweisen zu untergraben. Kritische Äußerungen wurden einfach als falsch abgestempelt.

Es wurden nicht nur die Grundrechte eingeschränkt, was man sonst nur in Kriegszeiten kennt. Andersdenkende wurden gerne als Querdenker beschimpft. Kritik war unerwünscht, die Maßnahmen der Regierung sollten als alternativlos gelten.

Anstatt den Bürger über die Bedeutung des Immunsystems und wie dieses gestärkt wird aufzuklären, hat man den Menschen Angst gemacht. Angst ist bekanntlich kein guter Ratgeber. Angst macht krank. Ein Blick auf die Meinungsumfragen in den Jahren 2020 und 2021 zeigt, dass

viele Bürger –getrieben durch die verbreitete Panikmache – die einschränkenden Maßnahmen begrüßt haben. Und die Politik durch den Ruf nach noch strengeren Einschränkungen sogar unterstützt hat, die Schrauben immer weiter anzuziehen. Mancher Politiker setzte die Maßnahmen mit aller Härte um. Und das, obwohl schon früh wissenschaftliche Hinweise vorlagen, dass viele der getroffenen Maßnahmen keinen oder nur wenig Einfluss auf den Verlauf der Pandemie haben würden.

Wenn das Ziel also war, ein massives Sterben und einen Kollaps der Gesundheitssysteme zu vermeiden, dann waren zahlreiche Regierungsmaßnahmen zur angeblichen Eindämmung der Pandemie nicht nötig. Gerade nicht, was Kinder und Jugendliche betrifft. Vor allem nicht mehr nach dem ersten Coronajahr und noch weniger ab Sommer 2021.

Am 4. August 2021 waren nämlich laut Scienano in Belgien 70% der Bevölkerung geimpft: genau 8.137.412 Menschen. Diese 70% würden für eine Herdenimmunsierung reichen. Darüber war sich die Wissenschaft anfangs einig. Die ursprüngliche Begeisterung, die der für die Impfkampagne zuständige DG-Minister Antonios Antoniadis und seine Ministerkollegen verbreiteten, verflog schnell. Bald wusste man, dass die Impfstoffe nur für eine sehr begrenzte Zeit wirksam waren und dass Geimpfte andere anstecken und selbst an Corona erkranken konnten.

Trotzdem wurden der Impfnachweis und der PCR-Test genutzt, um die Belgier Menschen zweiter Klasse zu schaffen. Mit der G-Regel und dem Covid-Safe-Ticket – welch irreführender Begriff! – wurden Nicht-Geimpfte und Nicht-Freigetestete z.B. von einem Besuch in ihrer Stammkneipe, im Restaurant oder im Kino ausgeschlossen. Hunderttausende Restaurant/Café-Besitzer und ihre Angestellten wurden zudem als Wächter dieser verfassungswidrigen Regelung herangezogen. Selbst die Gotteshäuser blieben an wichtigen kirchlichen Feiertagen geschlossen.

Eine lückenlose Aufklärung ist auch in Ostbelgien geboten. Gerade mit Blick auf die Kinder und die Schulen. Dazu bald mehr an gleicher Stelle.

„Angst ist ein schlechter Ratgeber, aber ein guter Spion.“

aus Brasilien